

Datum: 06.08.2018 **Mediengattung:** Print
Seite: 18 **Ressort:** Wirtschaft
Auflage: 263.904 **Land:** Deutschland



Europa-Platz Frankfurt

Guter Konjunktursommer, aber Risiken voraus

Von Michael Heise

Nach einer deutlichen Abkühlung im vergangenen Halbjahr hat sich die Wirtschaft im Euroraum zuletzt wieder stabilisiert, wie etwa die leicht gestiegenen Geschäftserwartungen der Unternehmen zeigen. Und dabei ist die zumindest vorübergehende Beilegung des Handelsstreits zwischen den Vereinigten Staaten und der EU in den jüngsten Indikatoren noch nicht enthalten. Das lässt hoffen, dass sich der leichte Aufwärtstrend fortsetzt und die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr zumindest noch um 2 Prozent zulegen kann. Einiges könnte im zweiten Halbjahr 2018 aber auch schiefgehen. Am wichtigsten ist, ob ein belastbarer Handelskompromiss zwischen Amerika und der EU verhandelt werden kann und ob eine De-Eskalation im Streit Amerikas mit China gelingen wird.

Das Angebot der EU, mehr Sojabohnen und Flüssiggas aus Amerika zu kaufen, wird alleine nicht ausreichen, um ein tragfähiges Fundament für freien Handel zu schaffen. Ähnliches hatten auch die Chinesen Präsident Trump vor der Zollerhöhung angeboten. Für eine nachhaltige Einigung bedarf es vielmehr der Einsicht, dass freier und fairer Handel allen beteiligten Nationen nützt und Wohlfahrtsgewinne bringt. Ob diese Erkenntnis wirklich gefestigt ist, darf bei manchen Akteuren bezweifelt werden. Vor allem für die deutsche Wirtschaft wäre das Wiederaufflammen des Handelskonflikts mit den Vereinigten Staaten und eine weitere Eskalation des Streits zwischen den Vereinigten Staaten und China ein wirtschaftlicher GAU. Eine Wachstumsschwäche in diesen Hauptabsatzmärkten, gepaart mit Importzöllen der Vereinigten Staaten, würde auch die Expansion bei uns beenden.

Weitere Risiken für die Wirtschaft liegen in Europa selbst wie der noch immer

unklare Brexit-Prozess. Es ist fraglich, ob die Frist bis zum 29. März 2019 noch ausreicht, um einen Ausstiegsvertrag zu vereinbaren und auf EU-Ebene und in Großbritannien zu ratifizieren. Ohne einen solchen Vertrag, der auch einer politischen Erklärung über die Grundsätze des zukünftigen Miteinanders bedarf, bleibt nur die Möglichkeit eines ungeordneten Brexits im März 2019 – außer die EU-Staaten einigen sich einstimmig auf eine Verlängerung des Artikel-50-Prozesses. Dass sich nach dem offiziellen Austritt Großbritanniens eine mehrjährige Übergangsphase anschließen wird, in der der eigentliche Freihandelsvertrag mit der EU ausgehandelt wird, ist ohnehin schon fast Konsens. Für die britische Wirtschaft und alle ihre Handels- und Investitionspartner steht also eine noch sehr lange Phase der Unsicherheit bevor.

Risiken für Europa bergen auch die anstehenden Entscheidungen der populistischen Regierung in Italien, deren Budgetpläne im September ins Parlament kommen. Sollten diese einen kräftigen Anstieg des Haushaltsdefizits vorsehen, was dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien entspräche, würde eine angespannte Diskussion mit der EU-Kommission und ein weiterer Anstieg der Risikoprämien Italiens an den Kapitalmärkten bevorstehen. Ob dies die italienische Regierung bewegen wird, ihre Steuersenkungs- und Ausgabewünsche zu zügeln, bleibt abzuwarten.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz.

